

**AGW-Tagung
30.04.2009 in Mailand**



**Bericht aus Brüssel und Berlin
Schwerpunktthema: Finanzmarktkrise**

**Lutz Freitag
Präsident des GdW
Bundesverband deutscher Wohnungs-
und Immobilienunternehmen**

Stellungnahme des GdW für die öffentliche Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages am 22.04.2009

- **Forderungen u. a.:**
 - Nachbesserungen Eigenheimrentengesetz für Wohnungsgenossenschaften (Wohn-Riester)
 - Abschaffung der Zinsschranke
 - Abschaffung der Sonderregelung für ehemals gemeinnützige Wohnungsunternehmen (§ 13 Abs. 3 Satz 2 – 10 KStG)

- Der GdW hatte unmittelbar nach Bekanntwerden des Referentenentwurfs eines "Gesetzes zur Neuregelung der zivilrechtlichen Vorschriften des Heimgesetzes" am 24.11.2008 in einem Rundschreiben auf die Gefahren dieses Entwurfes für das Konzept des betreuten Wohnens aufmerksam gemacht.
- Mit Stellungnahme vor der Anhörung im BMFSFJ am 15.12.2008 sind in persönlichem Schreiben die Spitzen dieses Ministeriums sowie des BMG und des BMVBS sensibilisiert und informiert worden.
- In der Anhörung war Gelegenheit, die Argumente der Wohnungswirtschaft ausführlich darzulegen. Bereits am Ende der Anhörung ist dem GdW signalisiert worden, dass es Änderungen in unserem Sinne geben wird.
- Der Gesetzentwurf vom 20.02.2009 (Drs. 167/09) enthält nunmehr eine Regelung, die inhaltlich § 1 Absatz 2 HeimG entspricht und daher die bisher erlaubten Modelle des betreuten Wohnens nicht gefährdet. Großer Erfolg der Interessenvertretung der Verbände.
- Als Ergebnis einer erneuten Umfrage bei den Mitgliedsverbänden wird dieser Einschätzung des GdW überwiegend zugestimmt. Mit einer weiteren Stellungnahme vom 06.04.2009 gegenüber den zuständigen Bundestagsausschüssen hat der GdW noch Klarstellungen zur Formulierung des Anwendungsbereiches des Gesetzes gefordert und hat dies in der Anhörung am 22.04.2009 auch mündlich in den Ausschüssen vertreten.

Positionen und Forderungen des GdW zur Bundestagswahl 2009



- **Versand an die Politik am 19.02.2009**
- **GdW-Medieninfo am 03.03.2009**
- **Schwerpunkte:**
 - Stadtentwicklung
 - Klimaschutz und Energieeffizienz
 - Bürokratieabbau
 - Bedeutung des Wohnens und der Wohnungswirtschaft in Deutschland

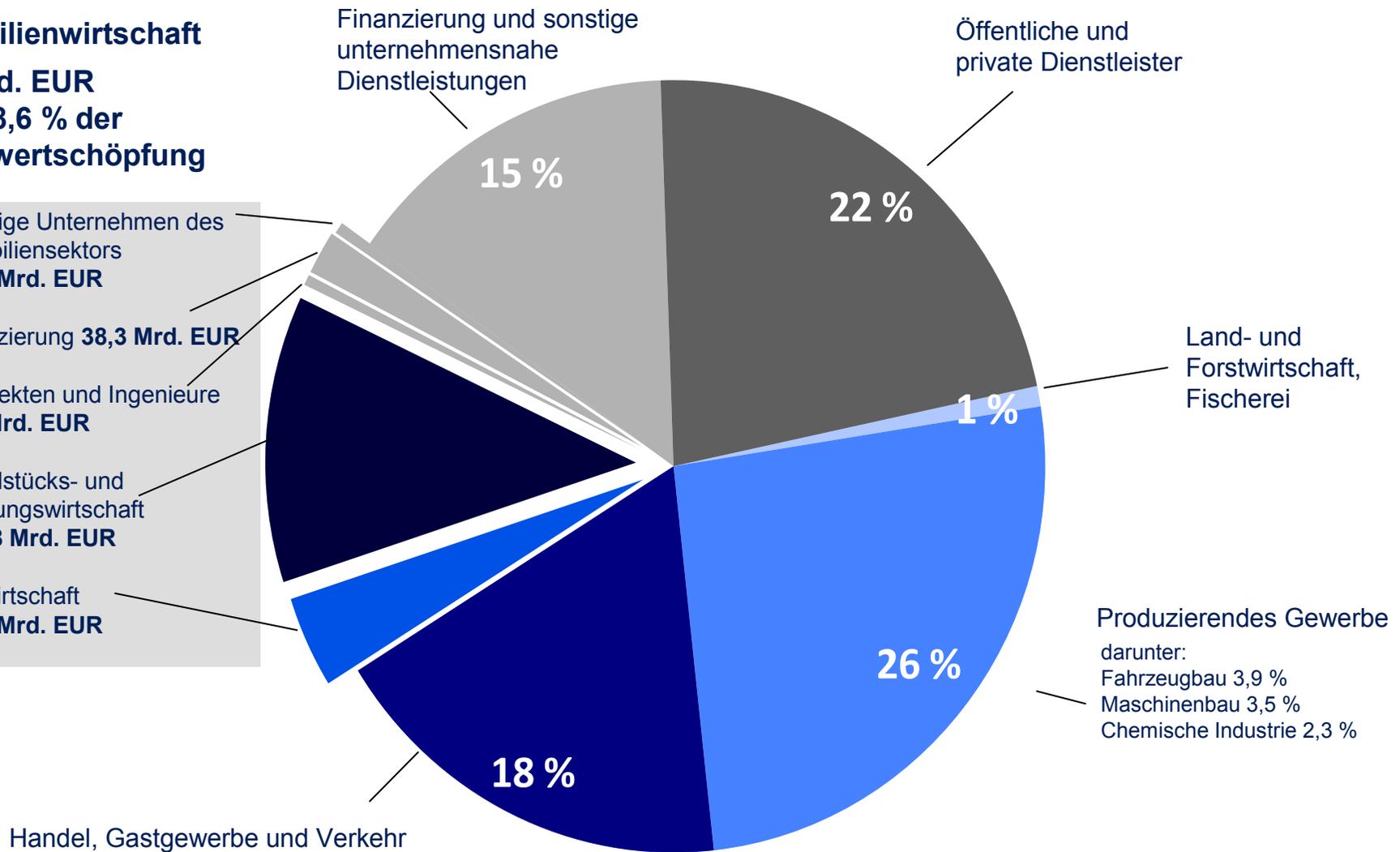


Bruttowertschöpfung der Immobilienwirtschaft in weiterer Abgrenzung

(Bauwirtschaft, Finanzierung, Vermietung, Vermittlung, Verwaltung und Unternehmensdienstleistungen) Anteile 2006 in %

Immobilienwirtschaft
390 Mrd. EUR
bzw. 18,6 % der
Bruttowertschöpfung

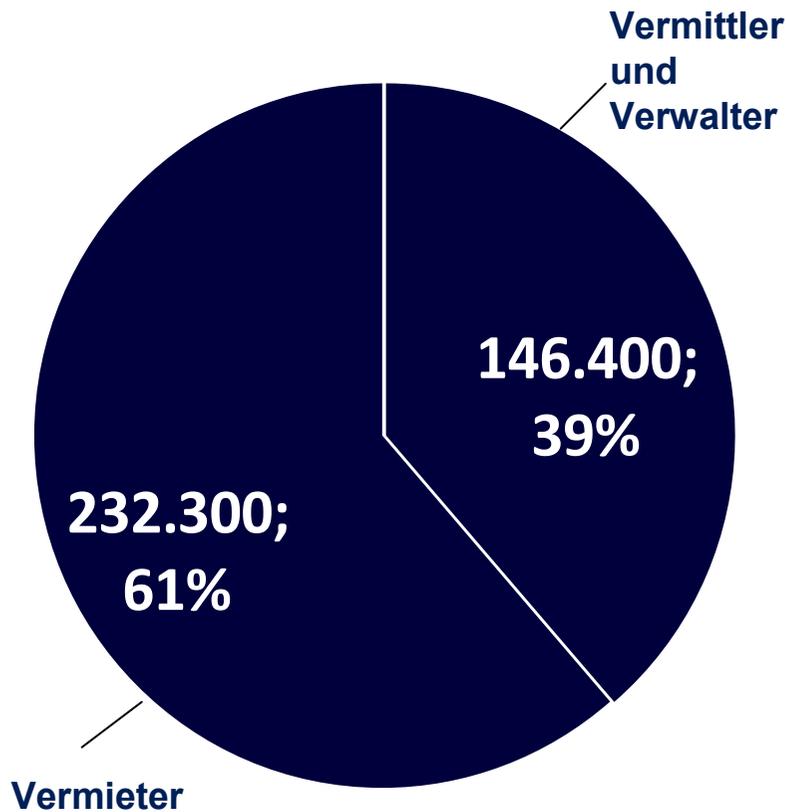
- Sonstige Unternehmen des Immobiliensektors **10,11 Mrd. EUR**
- Finanzierung **38,3 Mrd. EUR**
- Architekten und Ingenieure **9,44 Mrd. EUR**
- Grundstücks- und Wohnungswirtschaft **251,28 Mrd. EUR**
- Bauwirtschaft **80,35 Mrd. EUR**



Erwerbstätige in der Immobilienwirtschaft in engerer und weiterer Abgrenzung

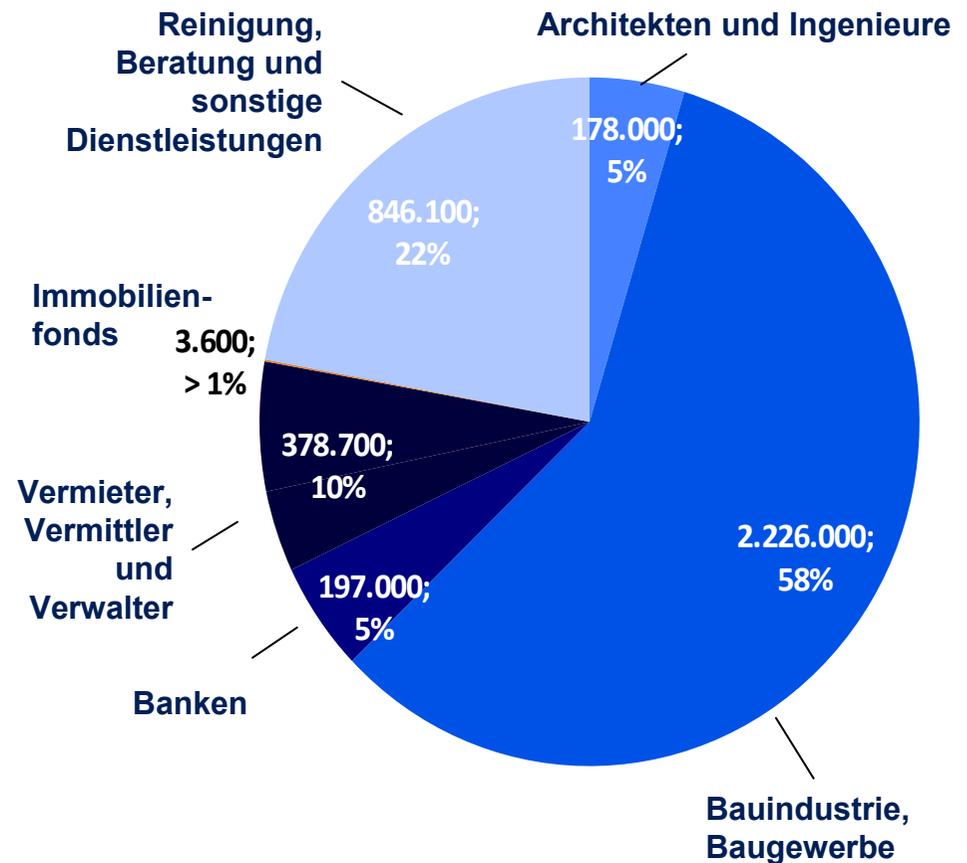
engere Abgrenzung

378.700 Erwerbstätige



weitere Abgrenzung

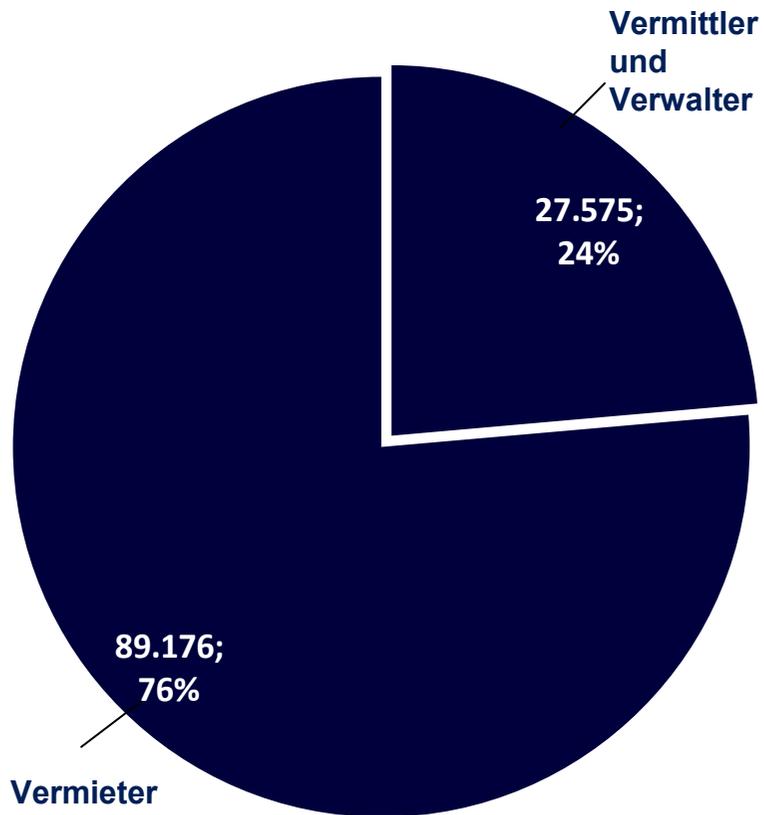
3.829.400 Erwerbstätige



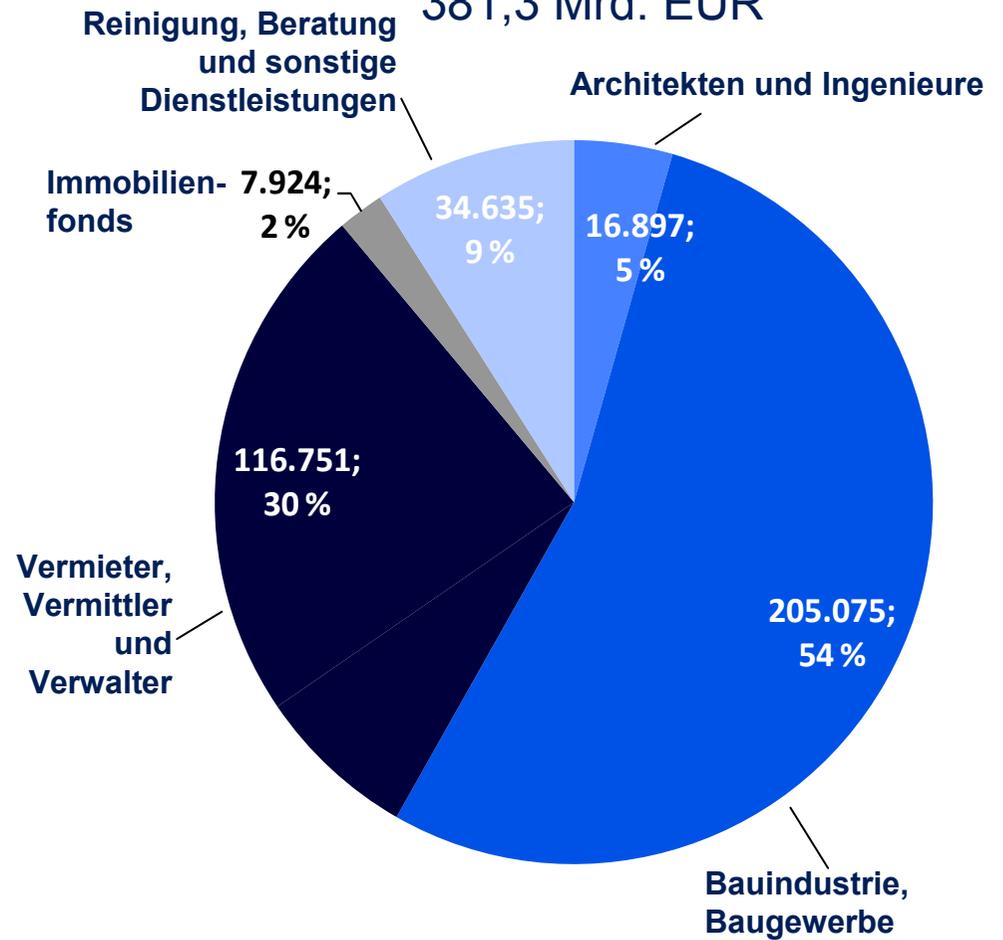
Umsätze in der Immobilienwirtschaft in engerer und weiterer Abgrenzung; in Mio. EUR



engere Abgrenzung
116,8 Mrd. EUR



weitere Abgrenzung
381,3 Mrd. EUR

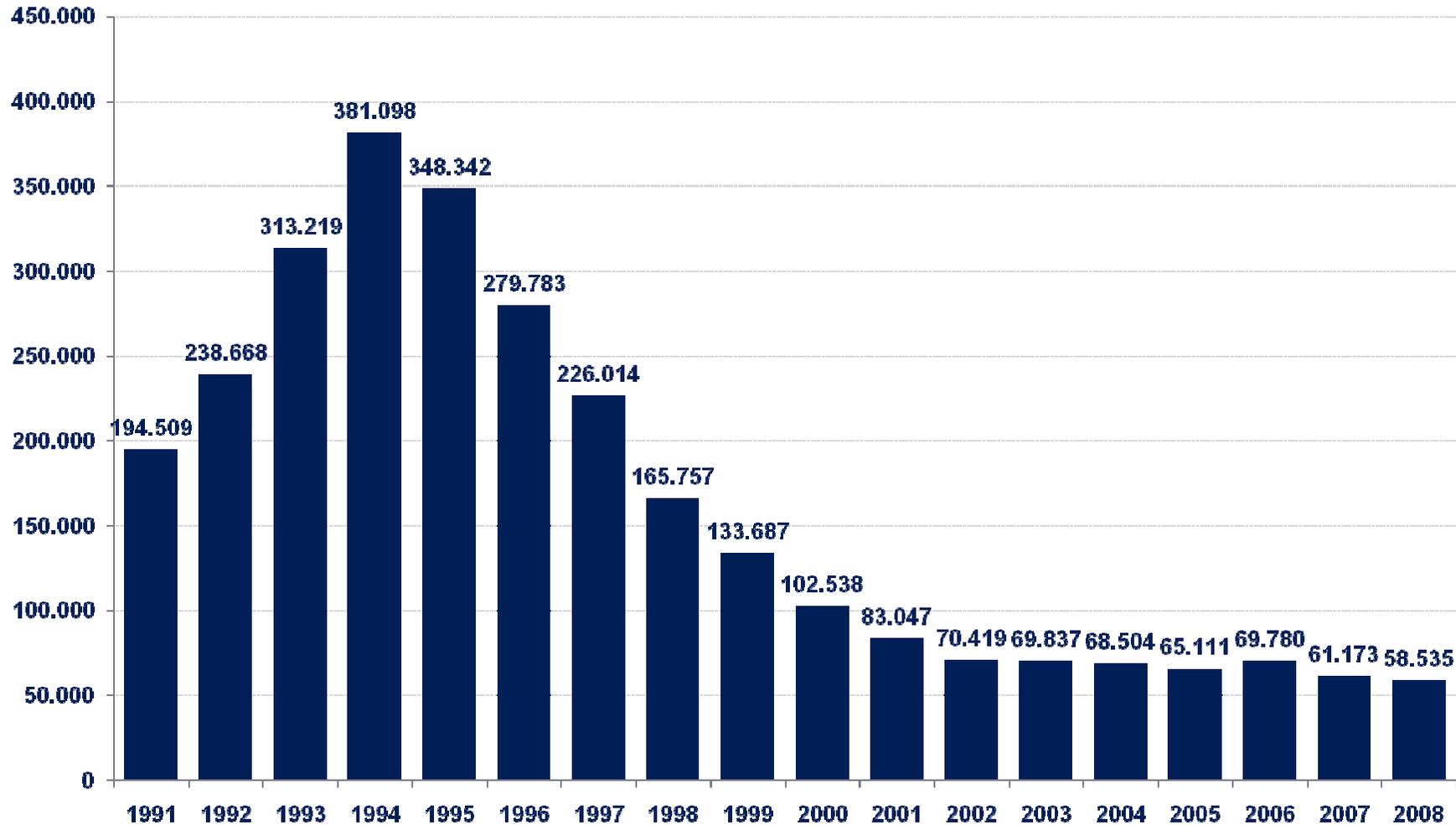


Baugenehmigungen in Deutschland; Monatswerte 2007/2008

(Baugenehmigungen in Wohngebäuden mit 3 oder mehr Wohnungen)



Wohneinheiten

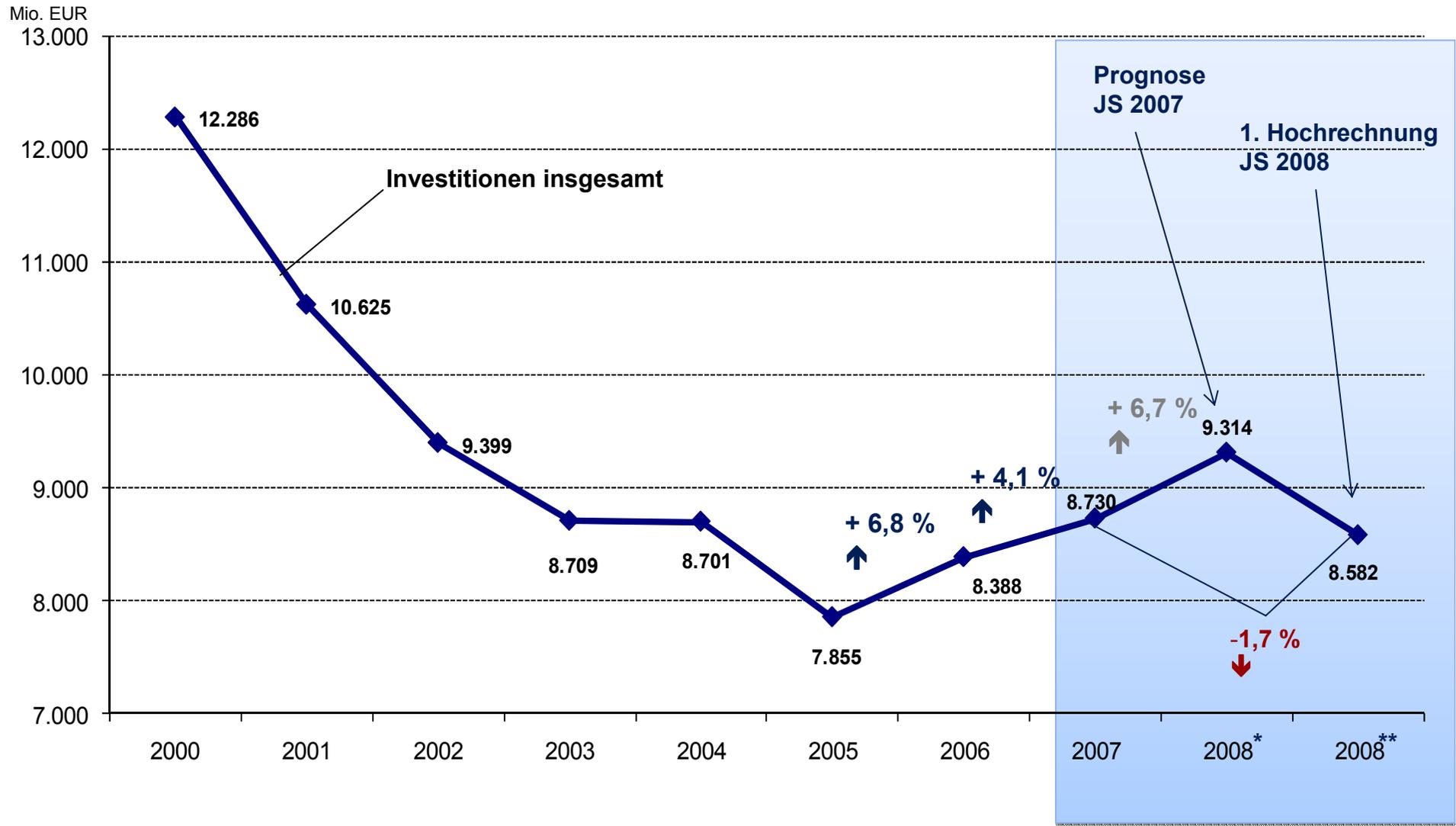


Quelle: Statistisches Bundesamt, Baugenehmigungen, Lange Reihe vom 22.07.2008,
Daten 2008: Statistisches Bundesamt, PM Nr. 94 vom 11.03.2009

1. Hochrechnung GdW-Jahresstatistik 2008

Entwicklung der Investitionsleistungen 2000 - 2008

bei den vom GdW repräsentierten Unternehmen



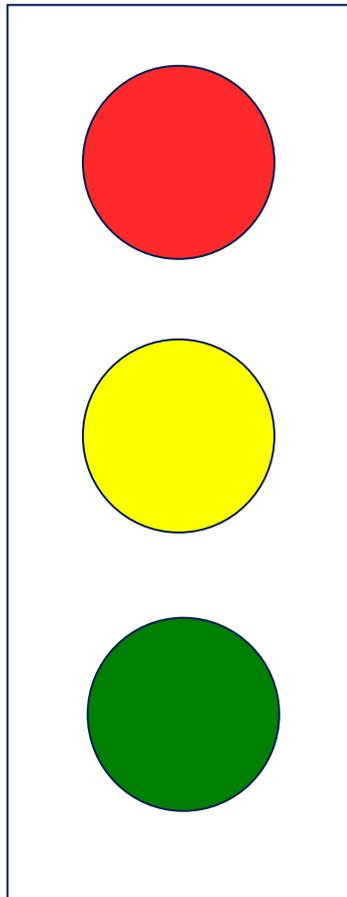
Quelle: GdW-Jahresstatistik 2007, *Jahr 2008 eigene Schätzung auf Grundlage von Planzahlen der Unternehmen aus Jahresstatistik 2007; zum Vergleich 2008**: 1. Hochrechnung aus GdW-Jahresstatistik 2008

Wohnungswirtschaft als Stabilitätsfaktor in der Krise?

- **Moderate Immobilienpreisentwicklung** in Deutschland
- **Konstanter Cash Flow** durch konstante Mieteinnahmen
- Moderates **Verhältnis Eigenkapitalanteil zu Fremdkapital** in den Bilanzen der Wohnungsunternehmen
- **Zinsbindungen** der Unternehmen reichen i. d. R. bis in die Jahre 2013/2014

Direkte Auswirkungen

- konservative Auslegung der BelWertV
- sehr lange Kreditbearbeitungszeiten
- z. T. hohe Margenaufschläge
- Abschluss von Zinssicherungsgeschäften z. B. Swap, Cap, Forward



über 80 %

keine langfristige Finanzierungsmöglichkeit,
Notwendigkeit von Zusatzsicherheiten
anderenfalls Kreditkündigung

bis 80 %

Eingeschränkte Finanzierungsmöglichkeit,
Risiko angemessene Margen und erhöhte Tilgung

bis 60 %

i. d. R. uneingeschränkte Finanzierungsmöglichkeit

Welche Finanzierungspartner stehen zur Verfügung?

- Kreis der **Finanzierungspartner** hat sich stark eingegrenzt
- Großbanken und Landesbanken haben sich fast komplett aus dem Geschäft zurückgezogen
- Langjährige Partner der Wohnungswirtschaft wie **WL Bank, Nord LB** und **DKB** stehen aber zur Verfügung
- Sparkassen, Volksbanken und Versicherungen kommen als Finanzierer wieder in Betracht

- **Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm ist ein wichtiger Baustein für den Klimaschutz, der sehr gut angenommen wird. Die Förderung energetischer Sanierung schont nicht nur das Klima sondern auch die Portemonnaies der Mieter.**
- **Die Aufstockung der CO₂-Mittel ist ein Anreiz, die energetische Sanierung der Wohnungsbestände weiter intensiv voranzutreiben.**
- **Nennenswerte Effekte bei den Investitionen und bei der Beschäftigung auf den lokalen Arbeitsmärkten**
- **Investitionen in Höhe von einer Milliarde Euro sichern bis zu 25.000 Arbeitsplätze.**
- **Verdopplung der steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen bei Modernisierung und Instandhaltung ist positiv**
- **Weitere Anreize wie Steuererleichterungen durch ermäßigte Mehrwertsteuersätze könnten die positiven Effekte noch verstärken.**

- **Nachbesserungen erforderlich**
- **Chance, Wohnungssektor als Konjunkturstütze zu aktivieren, verpasst.**
- **Bei der Wohngebäudesanierung könnten mit vergleichsweise geringen Mitteln enorme Investitionen in Gang gesetzt werden.**
- **CO₂-Gebäudesanierungsprogramm muss erheblich ausgebaut werden. Steigerung des ersten Konjunkturpaketes reichen nicht aus.**
- **GdW-Forderung:
Einbeziehung der Wohnungsunternehmen in das Kredit- und Bürgschaftsprogramm des Konjunkturpaketes II**

- **Wohnungsunternehmen sind bisher nicht direkt von der Finanzmarktkrise betroffen (Ergebnis verbandsinterne Umfrage)**
- **Zinsbindungen der Unternehmen reichen i. d. R. bis in die Jahre 2013/2014**
- **Pfandbriefmarkt kommt nach wie vor nur stockend in Gang**
- **Andere Banken und Versicherungen fangen Finanzierungen auf**
- **Probleme zeichnen sich ab bei**
 - **Bauträger- und Projektfinanzierungen**
 - **Prolongationen und Neuvalutierungen im Bereich über 60% Beleihungswert und bei wirtschaftlich nicht so stabilen Unternehmen**
- **Forderung GdW: Öffnung der KfW Sonderfinanzierungsprogramme 2009 für diese Bereiche**

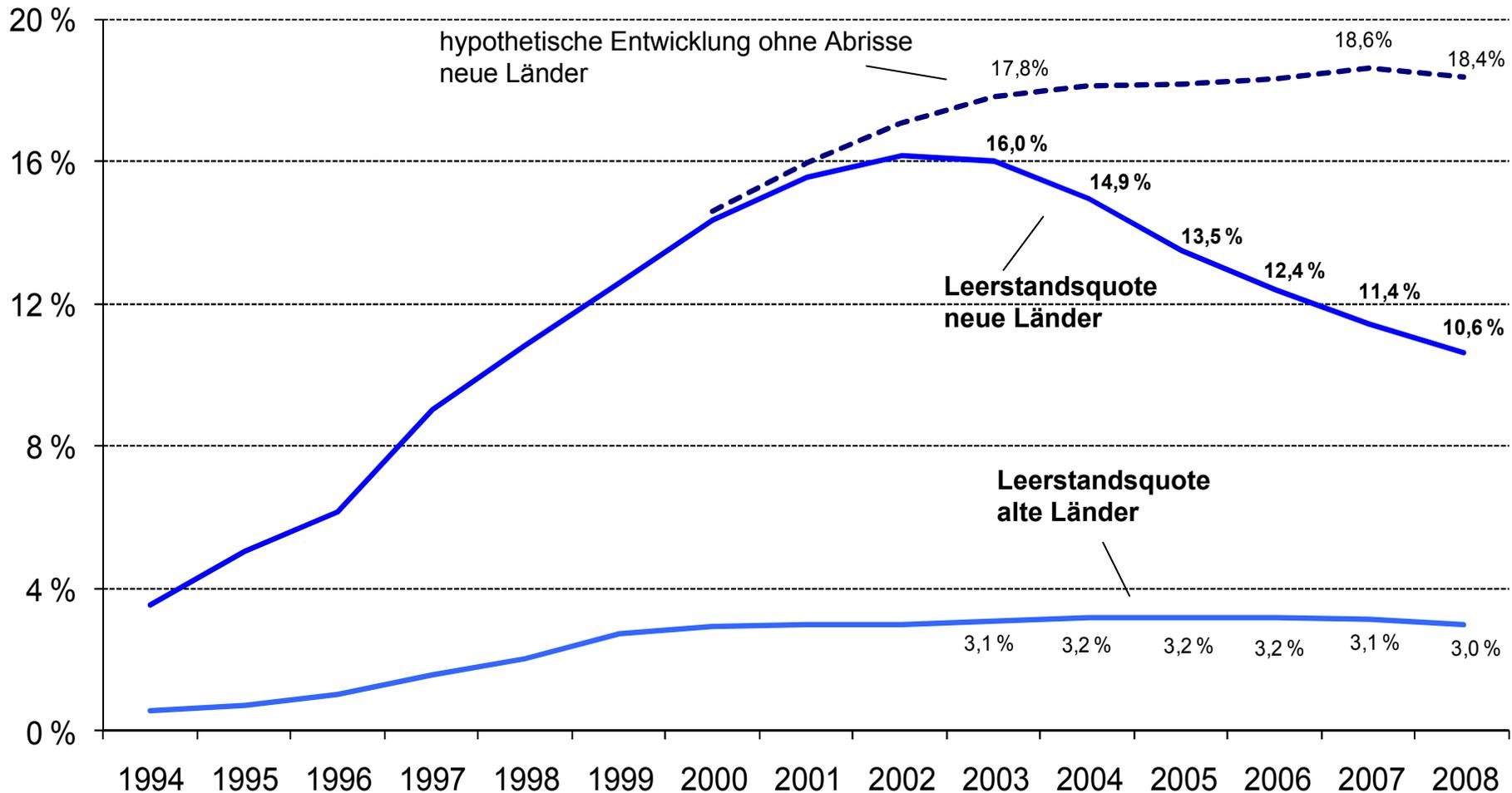
1. Hochrechnung GdW-Jahresstatistik 2008

Wohnungsleerstand in Ost und West 1994 - 2008

Leer stehende Wohnungen bezogen auf den insgesamt bewirtschafteten Wohnungsbestand der durch den GdW vertretenen Unternehmen



Leerstandsquote in %

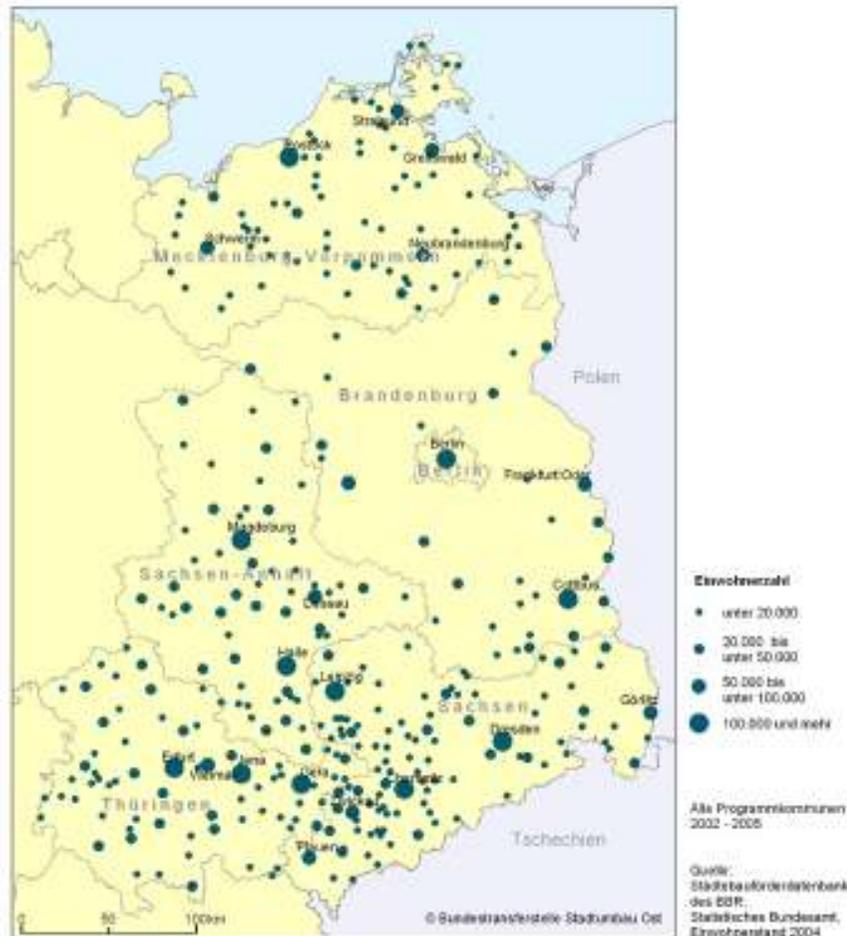


Theoretischer Leerstand: Leerstandsquote, wenn die Unternehmen - bei sonst gleichen Bedingungen der Bestandsentwicklung - ihren Leerstand nicht durch Abrisse vermindert hätten

Quelle: GdW-Jahresstatistik 2006, 2008: 1. Hochrechnung GdW-Jahresstatistik 2008

Stadtumbau Ost ist ein Erfolgsprogramm

Stadtumbau Ost 2005 - Kommunen im Programm Stadtumbau Ost nach Einwohnerzahl



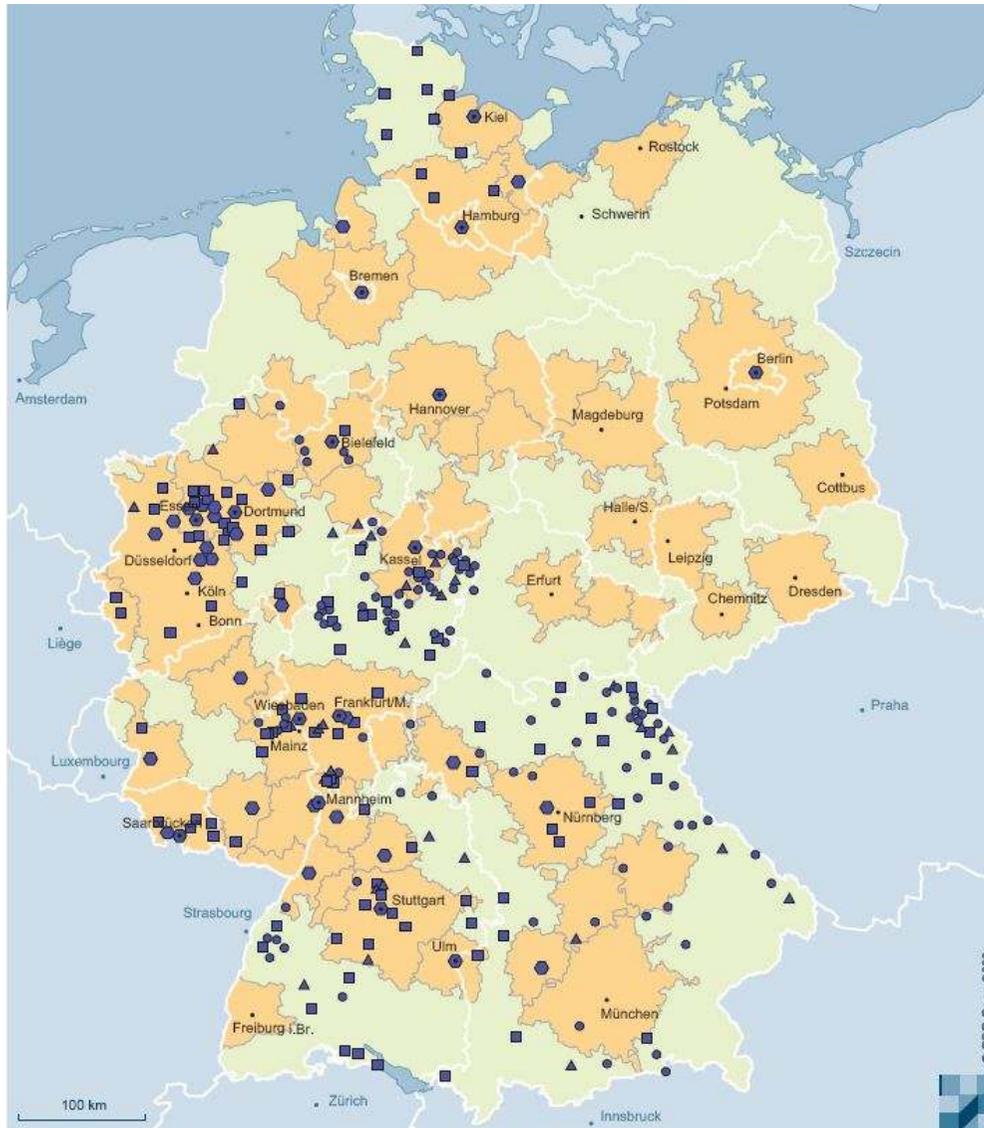
Antrag der CDU/CSU- und SPD-Bundestagsfraktionen für eine Fortsetzung des Programms. Anhörung am 27.05.2009.

Wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der ostdeutschen Städte als Wohn- und Wirtschaftsstandorte.

Wohnungsunternehmen sind in Krisenzeiten ein stabilisierender Faktor für die lokale Bauwirtschaft, und tragen dazu bei, den sozialen Frieden in den ostdeutschen Wohnquartieren zu erhalten.

Eine generelle und abschließende Lösung der Altschuldenfrage ist zwingend erforderlich. Nur dann ist das Ziel von 2010 bis 2016 jährlich mindestens 30.000 Wohnungen vom Markt zu nehmen, erreichbar.

Stadtumbau West – Vorreiterrolle der GdW-Unternehmen in der Mehrzahl der bisherigen Stadtumbaumaßnahmen



280 Stadtumbau West-Kommunen 2007

- 79 ländliche Landgemeinden unter 7.500 EW (28,2 %)
- 65 Kleinstädte mit 7.500 bis 20.000 Einwohnern (23,2 %)
- 66 kleine Mittelstädte mit 20.000 bis 50.000 Einwohnern (23,6 %)
- 28 große Mittelstädte mit 50.000 bis 100.000 EW (10,0 %)
- 42 Großstädte über 100.000 EW (15,0 %)

Gemeinden mit laufenden und ruhenden Maßnahmen,
Programmjahr 2007

- | | |
|----------------|--|
| ● Großstadt | ■ Großstadtreigionen |
| ■ Mittelstadt | ■ Gebiete außerhalb der Großstadtreigionen |
| ▲ Kleinstadt | |
| ● Landgemeinde | |

Datenbasis: Städtebauförderungsdatenbank des BBR,
Stand Juli 2008,
Geometrische Grundlage: BKG, Gemeinden, 31.12.2006

- **Die vom GdW vertretenen Wohnungs- und Immobilienunternehmen leisten mit der Strukturanpassung des Wohnungsbestandes an veränderte Bedürfnisse ihren unternehmerischen Beitrag zum Stadtumbau West.**
 - Vorreiterrolle in der Mehrzahl der bisherigen Stadtumbau maßnahmen
- **Über die originären Aufgaben der Wohnungswirtschaft hinaus übernehmen sie zunehmend Aufgaben der städtebaulichen Projektentwicklung, der Sanierungsträgerschaft und der sozialen Stabilisierung von Nachbarschaften.**
 - wichtigste potentielle Partner der öffentlichen Hand bei der Revitalisierung von Gebieten mit kleinteiliger Eigentümerstruktur

- **Verabschiedung durch Bundeskabinett am 18.03.2009, bis 22.04.09 noch nicht im BGBl erschienen.**
- **Inkrafttreten: am ersten Tag des sechsten auf die Verkündung folgenden Kalendermonats, voraussichtlich 01.10.2009.**
- **Bundesratsbeschluss ist auch das Ergebnis einer erfolgreichen intensiven politischen und fachlichen Begleitung des Verfahrens. Anträge zur Verschärfung der Verordnung erhielten im Bundesratsplenum keine Mehrheit.**
- **Bundesrat ist nicht der Initiative der BSI gefolgt, die EnEV zwar zu verabschieden, ihr Inkrafttreten aus Gründen der Finanzkrise jedoch auf den 01.01.2011 zu verschieben.**
- **Nichtamtliche Lesefassung liegt vor.**

▪ **Konjunkturpaket I**

- Erhöhung der Mittel für KfW-CO₂-Gebäudesanierungsprogramm um 500 Mio. EUR p.a. für 3 Jahre: 2009 rd. 1,5 Mrd. EUR
 - Zinsvergünstigung 3%
- Programm „Altengerechtes Umbauen“ im Rahmen des Programms „Wohnraum modernisieren“, 80 Mio. EUR p.a.
 - Barrierearmer Umbau; Zinsvergünstigung 2%

▪ **Seit 01.04.2009**

- Umstellung der Förderstruktur ohne Veränderung der Anforderungen
- Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Kreditfinanzierung (z. B. Verlängerung Abruffrist, schnellere Auszahlung Tilgungszuschuss, Erhöhung Förderhöchstbetrag)
- Zuschüsse für Sonderförderthemen (Baubegleitung, Austausch von Nachtstromspeicherheizungen, Heizungsoptimierung) für alle Investoren

▪ **Wettbewerb "Energetische Sanierung von Großwohnsiedlungen auf der Grundlage von integrierten Stadtteilentwicklungskonzepten"**

- **Wohnungsbau kann und will sich der Entwicklung nicht verschließen**
- **Direkte Übertragung der zurzeit für Nichtwohngebäude entwickelten Kriterien auf Wohngebäude nicht möglich und nicht sinnvoll**
- **Verfahrensvorschlag: Arbeitsgruppe „Nachhaltige Wohngebäude“**
Einberufung durch BMVBS, Berufung von für den Wohnungsbau relevanten Akteuren, Leitung durch Unternehmer
Aufgabe der AG:
 1. Entwicklung von Instrumenten zur Beschreibung der Nachhaltigkeit vermieteter Wohngebäude, erst für Neubauten, dann für bestehende Gebäude.
 2. Entwicklung von Bewertungsmaßstäben
 - **Verfahrensvorschlag von BMVBS begrüßt, Umsetzung beginnt**

- **BilMoG ist vom Bundesrat verabschiedet worden**
- **Voraussichtliches Inkrafttreten im Mai/Juni 2009**
- **Erstmalige Anwendung für Jahresabschlüsse zum 31.12.2010**
- **Wesentliche Änderungen zum Regierungsentwurf:**
 - Wahlrecht für Bilanzierung von aktiven latenten Steuern im Einzelabschluss (Konzernabschluss: Aktivierungspflicht)
 - Wahlrecht für Bilanzierung von immateriellen Vermögensgegenständen
 - Keine Fair Value Bilanzierung für Finanzinstrumente im HGB
 - Erweiterung Konzernkreis durch Einbeziehung von Zweckgesellschaften
 - Anwendung der ISA nur bei Prüfung großer Genossenschaften
- **Alle wesentlichen wohnungswirtschaftlichen Forderungen wurden erreicht**
- **Zeitnah zum Inkrafttreten: GdW-Arbeitshilfe zum BilMoG**

- **17.11.2008 – 1. Informationsaustausch der Wohnungsunternehmen ohne Antragswahlrecht**
 - **Diskussion von Billigkeitsmaßnahmen**

- **09.03.2009 – 2. Informationsaustausch der am Klageverfahren interessierten Wohnungsunternehmen**
 - **Musterkläger** gegen die Ausgestaltung des Antragswahlrechts (§ 34 Abs. 16 KStG) gefunden
 - **Anmerkung:** Einzelne Unternehmen (auch Nicht-Wohnungsunternehmen) erwägen evtl. Klageverfahren gegen die nachträgliche Besteuerung der während der Steuerfreiheit gebildeten stillen Reserven (§ 38 KStG) ganz generell
 - **Aktuell:** Prozessvertreter für Musterverfahren gefunden, erste Kostenschätzung für Verfahrenskosten bis zum BVerfG liegt vor
 - **Nun:** Zustimmung zur Beteiligung an den Verfahrenskosten einholen

Breitbandstrategie – das Ziel wird begrüßt, aber differenzierte Bewertung der Maßnahmen



- **Bundeskabinett-Beschluss am 18.02.2009. Ziele:**
 - Ende 2010: Lücken in ländlicher Breitbandversorgung schließen.
 - 2014: Zugang mit 50 Megabit/Sekunde für 75 % der Haushalte.
- **Die vornehmlich den Kommunen zufließende Förderung wird überwiegend bei Mobilfunkbetreibern, wie T-Mobil, ankommen.**
- **Geplante Deregulierung wird bestehende Konzentrationstendenzen bei Telefon- und Kabel-TV-Netzen verstärken.**
- **Negative Auswirkungen der Frequenzpolitik ("Digitale Dividende"):**
 - Erste Testmessungen, z. B. Pilotprojekt Wittstock, ergaben erhebliche Störwirkungen auf die Medienversorgung über Kabel. Zusätzliche Störpotenziale gibt es in ausgebauten Hausnetzen, deren obere Frequenzen mit Internet und Telefonie belegt sind.
 - Bundesregierung hat ohne vorherige Prüfung die Neuzuweisung der Frequenzen beschlossen.

- **Gespräch Matthias Kurth, Präs. Bundesnetzagentur, am 16.03.2009:**
 - Ausweitung des Eckpunktepapiers mit der Deutschen Telekom auf weitere Netzbetreiber steht der Regulierung über die Teilnehmeranschluss-Miete (TAL - "letzte Meile") nicht entgegen.
 - GdW wird sich an der bevorstehenden Anhörung zur Regulierung der Signallieferung auf Kabelmärkten (Markt Nr. 18) beteiligen.
- **GdW-Stellungnahme zum laufenden Kartellverwaltungsverfahren "Set-Top-Boxen" gegen Kabel Deutschland, Unity Media, Kabel BW**
 - Verschlüsselte Einspeisung auf Pay-TV-Angebote begrenzen.
 - Private Free-TV-Programme müssen digital im Kabel, wie beim Einzelempfang über Satellit und DVB-T, ohne zusätzliche Vereinbarungen oder Zahlungen verbreitet werden dürfen.
- **Urheberrecht: Abschluss ANGA/GEMA liegt vor. Pauschale Mindestbemessungsgrundlage belastet Wohnungsunternehmen bei Eigenversorgung überproportional. GdW strebt günstigere Regelung mit GEMA an.**

- **Energiepaket I vom 23.01.2008:**
- **Ursprünglicher Vorschlag:
Nutzungspflicht erneuerbarer Energien auch im Bestand**
- **Nach langen zähen Verhandlungen hatte sich der Rat Ende 2008 auf einen Kompromiss zur Richtlinie zur Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien verständigt, indem man sich gegen einen Nutzungszwang für erneuerbare Energien in Neubauten und Bestandsgebäuden aussprach.**
- **Berücksichtigung der Forderungen des GdW.**

Europäische Entwicklungen: Richtlinie für erneuerbare Energien



- **Das Europäische Parlament korrigierte diesen Kompromiss jedoch wieder, als nunmehr eine Nutzungspflicht von erneuerbaren Energien im Neubau und im Bestand spätestens ab 2015 vorgeschrieben wird, allerdings unter dem Vorbehalt „where appropriate“ (da, wo möglich).**
- **Damit ist es nun am nationalen Gesetzgeber, intelligente Lösungen zu formulieren.**

- **Energiepaket II vom 13.11.2008: Entwurf einer Richtlinie über eine Neufassung der Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden.**
- **Am 16. Februar fand im Energie-Ausschuss eine erste Beratung statt. (485 Änderungsanträge).**
- **Die Abstimmung im Ausschuss fand am 19.03.2009 statt.**
- **Das Plenum des EP hat RL in 17. KW beraten.**
- **BSI-Stellungnahme und Änderungsanträge gingen am 13.02.2009 an die Kommission und an MdEPs und wurden weitgehend eingebracht, aber vom Parlament nicht angenommen.**
- **Nächster Schritt: Stellungnahme des Rates**

Europäische Entwicklungen: Öffnung der Strukturfonds für Energieeffizienzmaßnahmen im Wohnungsbau



- **Unter Bezug auf die Finanz- und Wirtschaftskrise wurde dem Wunsch der französischen Ratspräsidentschaft nach einer „Generalmobilmachung der Strukturfonds zur Bekämpfung der Krise“ am 26.11.2008 durch eine Mitteilung der Kommission zu einem “Europäischen Konjunkturprogramm” und einen entsprechenden Gesetzgebungsvorschlag der Kommission entsprochen.**
- **Die Mitgliedstaaten können ihre operativen Strukturfondsprogramme für Investitionen in die Energieeffizienz im Wohnungsbau öffnen.**

Europäische Entwicklungen: Öffnung der Strukturfonds für Energieeffizienzmaßnahmen im Wohnungsbau

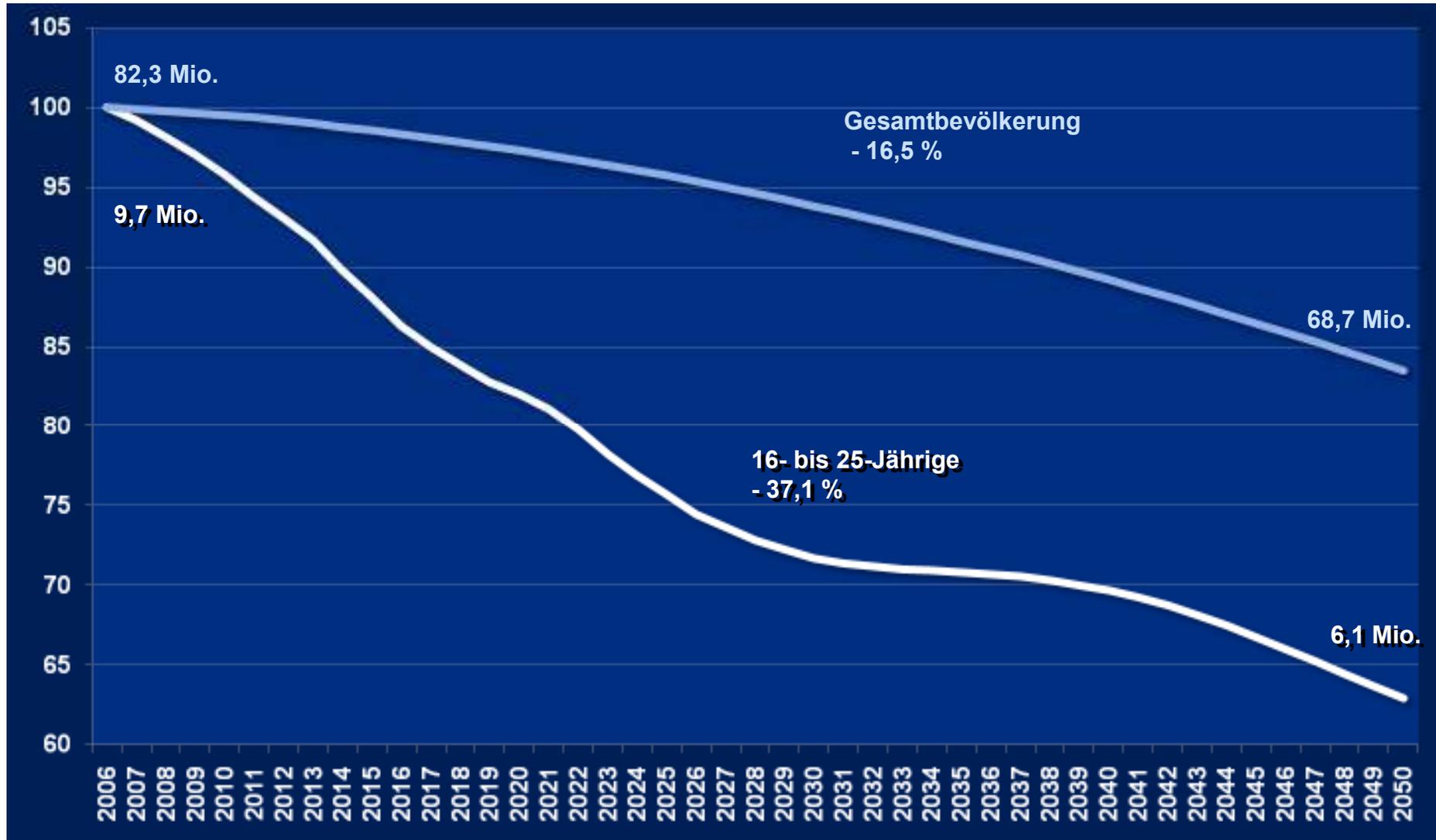


- **Das Europäische Parlament hat diesen Vorschlag am 02.04.2009 gebilligt.**
- **Materielle Voraussetzung für die Umsetzung ist die Anpassung der Operationellen Programme der EFRE-Förderung in den Mitgliedstaaten bzw. den Ländern in Deutschland.**
- **Seitens des Bundes wird diese Linie mit Blick auf die Finanz- und Wirtschaftskrise mitgetragen. Wie sich die Länder auf diese Regelungen einstellen, lässt sich abschließend noch nicht vorhersagen.**
- **Es wäre eine Überarbeitung der operationellen Programme in den Bundesländern und eine Umverteilung bereits verplanter Mittel nötig.**

Immer weniger 16- bis 25-Jährige in Deutschland

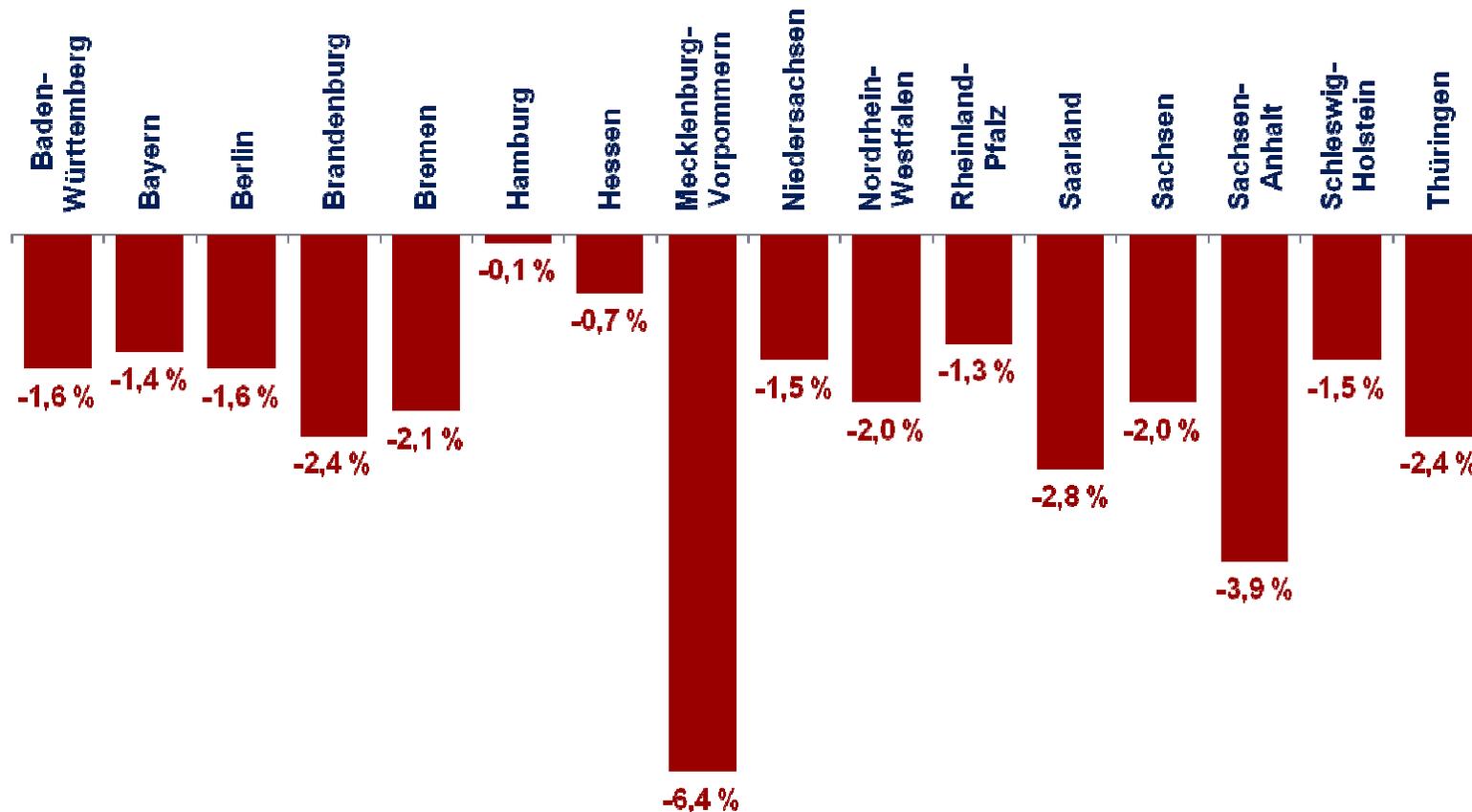
nach der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung
Variante 1-W1 „Untergrenze“ der mittleren Bevölkerung

(Indexwerte; 2006=100)



Veränderung der Schülerzahlen der allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2008/2009 gegenüber dem Vorjahr

Mit einer Abnahme von 2,7 % (-37.100) setzt sich in Ostdeutschland der seit Jahren anhaltende Trend fort. (Minus 45,5 % in Ostdeutschland seit 1992/1993)



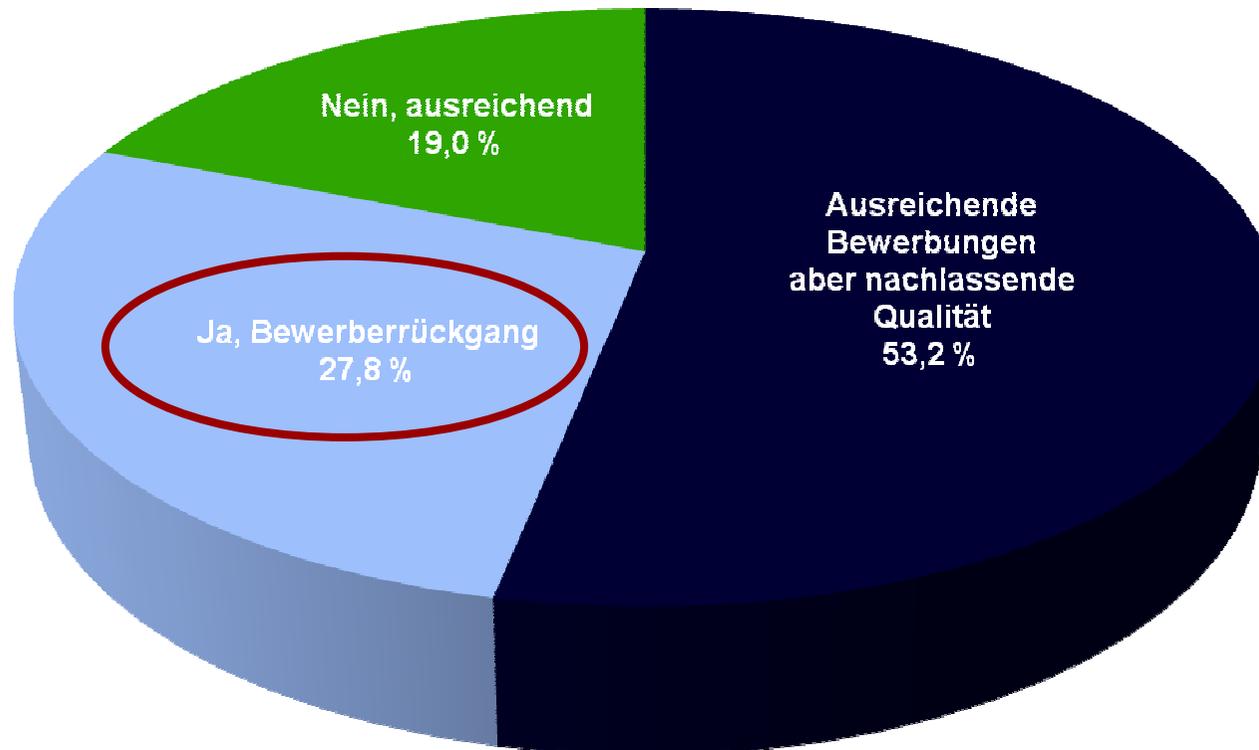
Gemeldete Bewerber auf dem Ausbildungsmarkt 2008 gegenüber 2007*



DIHK-Ausbildungsumfrage 2009

Immer mehr Betriebe spüren den Bewerberrückgang

Frage: Wirkt sich auf Ihren Betrieb bereits die demografische Entwicklung bei der Gewinnung von Auszubildenden aus?



Informationen zur DIHK-Ausbildungsumfrage 2009:
Die DIHK-Ausbildungsumfrage wurde in der Zeit vom 11. bis 25. Februar 2009 durchgeführt.
Insgesamt beteiligten sich 13.784 Unternehmen an der Umfrage.

Anzahl gesamt: 12.754

Sie werden mehr von der neuen AZUBI-Kampagne profitieren,

als Sie denken!



noch **54**
Tage bis Kampagnenstart

Hier erfahren Sie demnächst alles über die Kampagne und wie Sie sie nutzen können.

- Die AZUBI-Kampagne
- Das Gute Gründe
- www.AZUBI-Kampagne.de
- Arbeitsplätze
- Praxis
- Industrie

Sie werden mehr von der neuen AZUBI-Kampagne profitieren,

als Sie denken!

- Die AZUBI-Kampagne
- Das gute Gründe
- www.AZUBI-Kampagne.de
- Arbeitsplätze
- Praxis
- Industrie
- Die Kampagne
- Die Experten
- Die Experten
- www.Hygiene.de



15. Juni 09

„Der Moderne Fünfkampf in der Immobilienwirtschaft“

- Ausbildung
- Konsumorientierung
- Führung
- Aufbereitung
- Wettbewerb

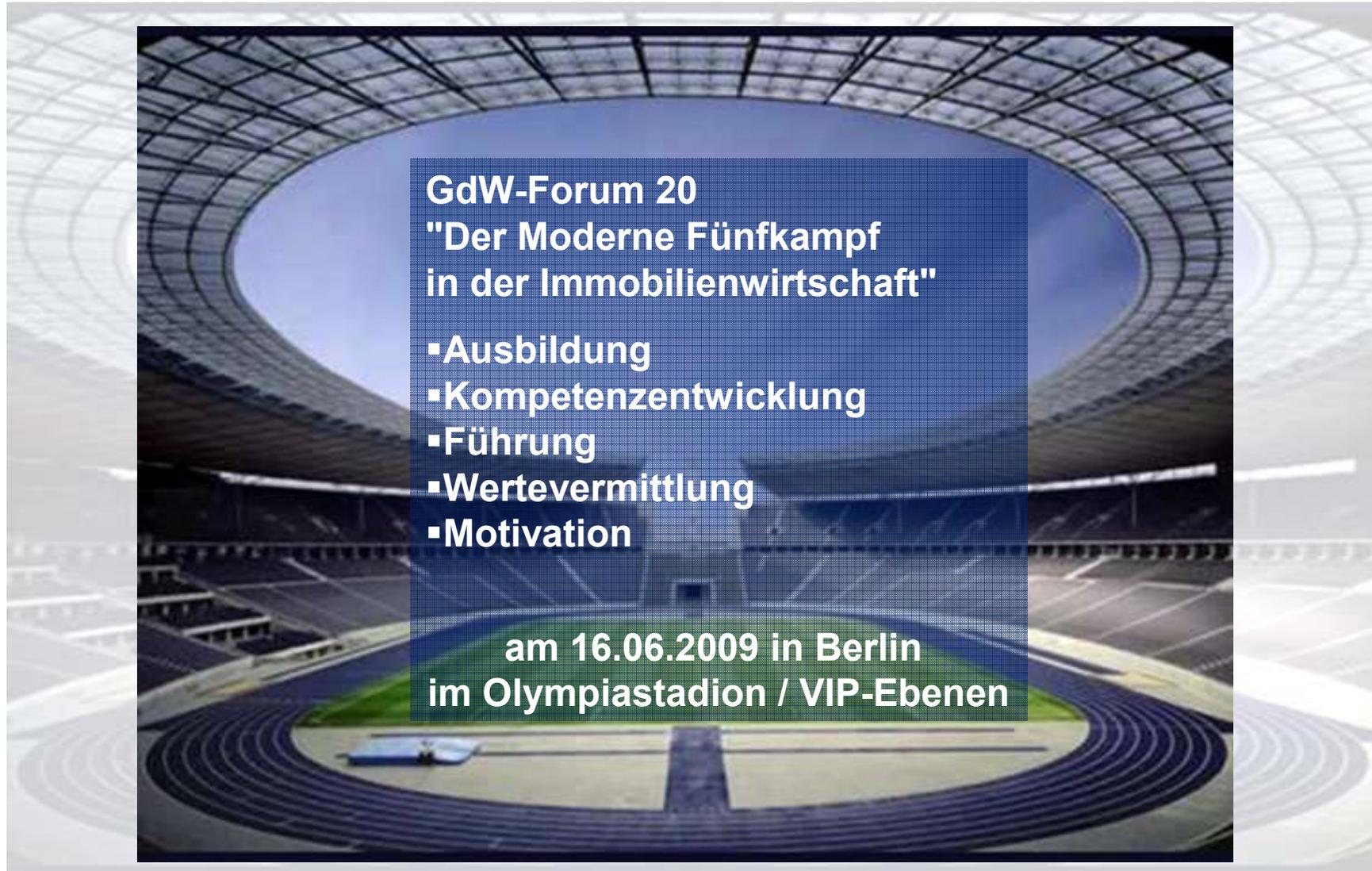
15. Juni 2009 14 Uhr

Pressekonferenz, Geschäftsstelle IWF-Essen



GdW KOMM 09
15. JUNI 2009 14 UHR

Treffen Sie kollegiales Wissensaustausch, Praktiker, Dienstleistungs, Wirtschaft und Fachwissen auf dieser einzigartigen Veranstaltung. Verfolgen Sie die Diskussionen unter der Leitung von GdW-Präsident, Mitglieder der AZUBI-Kampagne zur Wettbewerbsfähigkeit und Prof. Dr. Dr. Herbert Josef Ziefle, Wirtschaftsinformatiker, Leiter der Abteilung der Real Estate Division, Prof. Dr. Dr. Hans-Joachim Lauth, Vorsitzender und Präsident der IWF, GdW, der IWF-Essen für ein Wirtschaftsinformatiker, Wirtschaftsinformatiker, Wirtschaftsinformatiker, verfolgen Sie die lokale Veranstaltung.



GdW-Forum 20
"Der Moderne Fünfkampf
in der Immobilienwirtschaft"

- **Ausbildung**
- **Kompetenzentwicklung**
- **Führung**
- **Wertevermittlung**
- **Motivation**

am 16.06.2009 in Berlin
im Olympiastadion / VIP-Ebenen

**Die deutsche Wohnungs- und Immobilienwirtschaft
hat ihre eigene Hochschule - akkreditierte Studiengänge**



Master of Arts Real Estate Management

**Bachelor of Arts Real
Estate**

**Bachelor of Arts
Business
Administration**

**Herzlichen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit**